



**Landtag von Niederösterreich**  
**Landtagsdirektion**  
Eing.: 22.01.2008  
zu Ltg.-**890/A-1/79-2007**  
R- u. V-Ausschuss

An den  
Präsidenten des Landtages von  
Niederösterreich  
Herrn Mag. Edmund FREIBAUER  
Landhausplatz 1  
3109 St. Pölten

**Bürgerservice-Telefon 02742-9005-9005**  
In Verwaltungsfragen für Sie da. Natürlich auch außerhalb  
der Amtsstunden: Mo-Fr 07:00-19:00, Sa 07:00-14:00 Uhr

Beilagen

LAD1-SEP-15/002-2007

Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

Bezug

BearbeiterIn  
Christian Posch

(0 27 42) 9005

Durchwahl

Datum

13612

22. Jänner 2008

Betrifft

Resolution "Fall der Schengengrenze mit 1. Jänner 2008" und "Verlängerung des  
Assistenzeinsatzes des Österreichischen Bundesheeres zur Grenzüberwachung"

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 28. Juni 2007,  
Ltg.-890/A-1/79-2007, hat der Landeshauptmann an die Österreichische Bundesregierung  
zuhanden des Bundeskanzlers sowie an die Bundesminister für Inneres und  
Landesverteidigung das Ersuchen herangetragen, auf europäischer Ebene für eine  
strenge und genaue Erfüllung der Schengenstandards einzutreten und auch die  
Möglichkeiten einer Erweiterung der Schengengrenze erst nach Ende der Fußball-  
Europameisterschaft 2008, somit ab 1.7.2008 zu prüfen. Dabei wurde insbesondere auf  
die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der NÖ Bevölkerung hingewiesen und ferner  
verlangt, dass auch nach der Schengenerweiterung die infrastrukturellen Einrichtungen  
der Polizei nicht sofort wegfallen, die derzeit an der Grenze eingesetzten Polizisten im  
grenznahen Bereich belassen werden und insbesondere auch die Voraussetzungen für  
eine Verlängerung der Assistenzeinsätze des Österreichischen Bundesheeres bis 2008 an  
der Grenze zu den potentiellen neuen Schengenstaaten geschaffen werden.

Über Initiative des Landeshauptmannes wurde bereits am 14. Mai 2007 im NÖ Landhaus  
ein sicherheitspolitisches Gespräch mit Innenminister Günther Platter geführt. Im  
Mittelpunkt dieses Arbeitsgespräches stand die Sicherheitsstrategie für Niederösterreich,  
bei dem die Themen Schengen-Erweiterung, verstärkter Einsatz von Exekutivkräften in

Ballungszentren und auf Transitrouten, Verbesserung der technischen Ausrüstung der Exekutivbeamten und Sicherheit bei der Euro 2008 erörtert wurden. Landeshauptmann und Innenminister erzielten Übereinkunft, dass es eine Schengen-Erweiterung nur dann geben dürfe, wenn alle Sicherheitsstandards erfüllt seien und sodann ein Sicherheitsgurt in Form einer breiten Grenzraum-Kontrolle und entsprechender Kontrollen im Hinterland angelegt wird.

Bei einem weiteren Arbeitsgespräch am 15. Mai 2007 zwischen Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer im NÖ Landhaus wurden abermals sicherheitspolitische Fragen zum Thema „Schengen-Grenze“ erörtert. Der Bundeskanzler stimmte dabei mit der Forderung des Landeshauptmannes voll überein, dass Voraussetzung für eine Schengenerweiterung die Erfüllung der Sicherheitsstandards in den Nachbarländern ist und dass sich das Österreichische Bundesheer an der Grenze nicht von einem Tag auf den anderen zurückziehen kann.

Zwischen Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll und Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer wurden anlässlich eines Arbeitsgespräches im NÖ Landhaus am 21. Mai 2007 unter anderem auch Sicherheitsfragen behandelt. Dabei hat der Landeshauptmann wiederum dargelegt, wie wichtig die Erfüllung der erforderlichen Sicherheitsstandards bei „Schengen-Erweiterung“ ist. Vom Vizekanzler wurde darauf verwiesen, dass die inhaltlichen Kriterien der Maßstab für die Entscheidung einer Schengen-Erweiterung sind. Auch dürfe das Bundesheer nicht von einem Tag auf den anderen abgezogen werden.

Bei einem Treffen der Landeshauptleute der Ostregion am 20. Juni 2007 wurde von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll erneut eingefordert, dass die Erfüllung der Sicherheitsstandards der einzige Beweggrund für die Entscheidung der Erweiterung der Schengengrenze sein muss. Landeshauptmann Dr. Pröll sprach sich bei diesem Treffen erneut für die Errichtung eines „doppelten Sicherheitsgurtes“ aus, der zum einen aus der Kontrolle an den neuen künftigen Außengrenzen entsprechend den „Schengen-Kriterien“ und zum anderen aus der österreichischen Grenzraumsicherung bestehen soll. Darüber herrschte volle Übereinstimmung durch die Landeshauptleute von Wien und Burgenland.

Mit dem nachstehend wiedergegebenen Schreiben vom 5. November 2007, GZ: BKA-350.710/0528-I/4/2007, hat der Bundeskanzler dem Landeshauptmann im Gegenstand folgendes geantwortet:

*„Dein Schreiben vom 4. Juli 2007, GZ: LAD-SEP-15/002-2007 mit dem Du einen Antrag des Niederösterreichischen Landtages vom 28. Juni 2007 zur Verlängerung des Assistenzeinsatzes des Österreichischen Bundesheeres zur Grenzüberwachung übermittelst, habe ich am 29. August 2007 dem Ministerrat vorgelegt. Auf Grundlage der bei den zuständigen Bundesministerien eingeholten Stellungnahmen ergibt sich nachfolgende Antwort:*

*Der Ressortlinie des Bundesministeriums für Inneres zur Erweiterung des Schengenraumes liegt eine weitreichende zukunftsorientierte Strategie zugrunde, um den künftig zu erwartenden neuen Anforderungen gerecht zu werden. Dies betrifft sowohl die Erfüllung aller Sicherheitsstandards der „Kandidatenstaaten“ als auch die Verstärkung der internationalen und grenzüberschreitenden Polizeikooperation und insbesondere die österreichischen nationalen Maßnahmen.*

*Gerade im nationalen Bereich wurde angesichts des Umstandes, dass im Hinblick auf die Freizügigkeit des Personenverkehrs zwischen Schengenstaaten systematische Grenzkontrollen und Überwachungsmaßnahmen im eigentlichen Sinn nicht mehr zulässig sind und die Staatsgrenze an jeder Stelle überschritten werden kann, ein Weg gefunden, der weithin ein hohes Sicherheitsniveau sowohl im Grenzraum als auch im gesamten innerösterreichischen Bereich gewährleistet.*

*Die Schengenerweiterung mit 1. Jänner 2008 ist noch nicht beschlossen, sondern von der Erfüllung aller Sicherheitsstandards der Kandidatenstaaten abhängig. Dazu gehören neben der Durchführung einer schengenkonformen Sicherung der Land- und Seegrenzen sowie der Sicherstellung der Grenzkontrolle auf Flughäfen die volle Einbindung in das EU-Fahndungssystem, der Abschluss bi- und multilateraler Verträge für Sicherheitsstrategien auf Schengen-Niveau und die Verstärkung der Polizeikooperation. Die Erfüllung dieser Kriterien wird durch die laufende Schengenevaluierung unter österreichischer Beteiligung beobachtet. Erst im November 2007 wird der Rat der Innen- und Justizminister die endgültige Entscheidung über den Fortgang der Schengenerweiterung treffen.*

*Neben der Einforderung der Verantwortung zur optimalen Sicherung der Schengen-Außengrenze durch die Kandidatenstaaten gilt es, die Polizeikooperation durch den Aufbau eines „Operativen Netzwerkes Mitteleuropa“ insbesondere mit der Einrichtung von Polizeikooperationszentren, den Ausbau des Netzes von Verbindungsbeamten und der operativen polizeilichen Zusammenarbeit (Verstärkung der gemischten Streifen, gemeinsame Sicherheitsanalysen und Schwerpunktaktionen, Abstimmung von Einsatzplänen, Vorsorge für die Wiederaufnahme der Grenzkontrolle) wirkungsvoll zu optimieren.*

*Darüber hinaus werden diese Maßnahmen durch die bereits erfolgte Einrichtung einer EU-Grenztruppe (FRONTEX) mit österreichischer Beteiligung ergänzt.*

*In diesem Gesamtzusammenhang darf auf die vom Bundesminister für Inneres gezeichnete gemeinsame Erklärung der Minister des „Forum Salzburg“ (Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn Slowenien, Polen, Rumänien und Bulgarien) beim Treffen in Innsbruck am 12. und 13. Juli 2007 in Anwesenheit des Präsidenten des Rates für Inneres und Justiz, Rui Carlos Pereira, und des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Franco Frattini, verwiesen werden.*

*Seitens Österreichs wird von der systematischen Grenzkontrolle und Überwachung zur selektiven Grenzraumkontrolle übergegangen. Darüber hinaus werden entsprechend den Verkehrsströmen im gesamten österreichischen Transitstreckennetz im Schienen- und Straßenverkehr und in Ballungsräumen verstärkt kriminal-, verkehrs- und fremdenpolizeiliche Kontrollmechanismen eingerichtet. Dies bedeutet in einer ersten Phase die Belassung eines Großteils des derzeit in der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung eingesetzten Personals im grenznahen Bereich, um in einem mehrmonatigen Zeitraum die kriminal- und fremdenpolizeilichen Auswirkungen der Schengenerweiterung entsprechend analysieren zu können. Damit verbunden ist somit auch die Vorsorge für eine etwaige Wiederaufnahme der Grenzkontrollen anlässlich der EURO 2008.*

*Nach diesem Zeitraum wird im Herbst 2008 in einer zweiten Phase eine umfassende Analyse der Erkenntnisse durchgeführt und anhand der aktuellen polizeilichen Lage und der Analyseergebnisse die weitere Strategie entwickelt und darauf aufbauend ein*

zielgerechtes Organisationskonzept erstellt. Die schrittweise Realisierung dieses Konzeptes ist in Phase 3 ab 2009 vorgesehen.

Aufgrund dieser Vorgangsweise sieht Österreich keinen schlagartigen Systemwechsel vor, sodass in einem ersten Schritt eine weiterführende Nutzung der bisherigen Grenzdienststellenstruktur gegeben ist und den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung insbesondere im Grenzraum Rechnung getragen werden kann. Zu prüfen ist noch, ob für diesen Übergangszeitraum mit dem Personal des BMI das Auslangen gefunden werden kann, oder ob weiterhin ein Assistenzeinsatz des Bundesheeres notwendig sein wird.

Der derzeitige sicherheitspolizeiliche Assistenzeinsatz des Bundesheeres zur Überwachung der Schengen-Außengrenze im Osten ist im Sinne des Beschlusses der Bundesregierung vom 8. August 2006 (141/58) bis 31. Dezember 2007 befristet.

Derzeit werden im oben dargestellten Sinn die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen einer weiteren Verlängerung des sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatzes des Bundesheeres – auch nach Erweiterung der Schengen-Außengrenze nach Osten – eingehend geprüft und in Detailgesprächen auf Beamtenebene zwischen BMI und BMLV erörtert. Die Entscheidung über einen derartigen Assistenzeinsatz wird die Bundesregierung jedenfalls rechtzeitig treffen“.

Vom Bundesminister für Inneres wurde mit Schreiben vom 15. Oktober 2007 an den Landeshauptmann folgender Bericht übermittelt:

„In den letzten Monaten wurde in der Öffentlichkeit viel über die bevorstehende Erweiterung der so genannten „Schengen-Grenze“ berichtet.

Auf europäischer Ebene wurden im Rat der Justiz und Innenminister – aber auch in der von Österreich initiierten „Salzburg-Gruppe“ der Innenminister der mitteleuropäischen Staaten – die neuen voraussichtlichen Schengen-Mitgliedsstaaten aufgefordert, alles zu unternehmen, um die umfassenden Grenzsicherungsstandards zu erfüllen. Dabei wurden sie tatkräftig mit Know How, aber auch mit Technik unterstützt – und es wurde eine eigene Grenzschutzagentur „Frontex“ geschaffen, an der Österreich maßgeblich beteiligt ist.

*Anfang November wird der Rat der Justiz- und Innenminister die definitive Entscheidung über die Grenzerweiterung fällen. Falls die Innenminister der europäischen Union tatsächlich eine positive Entscheidung fällen, ist die Erweiterung zum Jahreswechsel – vielleicht sogar noch kurz vor Weihnachten vorgesehen.*

*Natürlich bringt dieses große europäische Projekt auch eine Umstellung des derzeitigen Grenzkontroll- und Überwachungssystems in Österreich mit sich.*

*Ich habe sofort nach meinem Amtsantritt noch im Jänner dieses Jahres eine Projektgruppe mit dem Auftrag eingesetzt, diese Umstellung in Österreich zu planen.*

*Vorab kann ich dir versichern, dass dies nicht schlagartig, sondern in drei Phasen erfolgen wird.*

*Die Zustimmung der Innenminister vorausgesetzt, dauert die Phase 1, die mir als Beobachtungszeitraum sehr wichtig ist, von Jänner 2008 bis voraussichtlich September 2008. In diesem Zeitraum werden genaue Analysen über die Entwicklung der Sicherheitsanlage angestellt – erst dann werden die nächsten Schritte gesetzt, wobei die Umsetzung der letztendlich gültigen Sicherheitsstruktur aufgrund der Ergebnisse des Beobachtungszeitraumes erfolgen wird.*

*In der ersten Phase der Schengen-Grenzerweiterung bleibt ein Großteil der in der Grenzkontrolle eingesetzten Bediensteten im grenznahen Bereich und wird dort mit einer geänderten Aufgabenstellung (z.B. sogenannte Schleierfahndungen) für Ausgleichsmaßnahmen eingesetzt.*

*Daneben wird jedoch bereits mit Jänner 2008 begonnen, für die Anforderungen österreichweiter Ausgleichsmaßnahmen insbesondere auf Hauptverkehrsrouten, Bahnhöfen und in Ballungszentren organisatorische und personelle Vorkehrungen zu treffen.*

*Dafür werden beginnend mit Montag, den 15.10.2007 die Interessentensuchen für die neu geschaffenen Arbeitsplätze durchgeführt, wobei alle MitarbeiterInnen die Gelegenheit haben, sich im eigenen Bundesland um diese neu geschaffenen Positionen zu bewerben.*

*In deinem Bundesland werden in einem ersten Schritt 60 Arbeitsplätze zur Interessentensuche gelangen. Das Polizeikooperationszentrum Drasenhofen und die Erstaufnahmestelle Traiskirchen werden als Fachinspektionen eingerichtet.*

*Abschließend möchte ich auf den Mehrwert der Umstellung hinweisen. War bisher das Personal primär mit der stationären Kontrolle am „Grenzbalken“ gebunden, wird es hinkünftig – je nach aktueller Sicherheitslage – mobil und flexibel eingesetzt werden können und somit auch zu einer wesentlichen Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühles der Bevölkerung beitragen.*

*Mit diesem stufenweisen Vorgehen lege ich größtes Augenmerk darauf, die Sicherheit im Grenzraum auch weiterhin gewährleisten zu können. Auch möchte ich die Präsenz des österreichischen Bundesheeres im grenznahen Raum im Jahr 2008 verlängert haben und ich werde hierfür von meiner Seite die entsprechenden Schritte einleiten“.*

Die nachhaltigen Bemühungen und der Einsatz des Landeshauptmannes haben für Niederösterreich bewirkt, dass nach der Schengenerweiterung ein Sicherheitsgurt in Form einer breiteren Grenzraumkontrolle angelegt wird und zwar aufbauend auf entsprechende Kontrollen sowohl im grenznahen Raum mit Schleierfahndungen als auch im Hinterland sowie auf verstärkte Einsätze von Exekutivkräften in Ballungszentren und auf Transit-routen, wobei ein Großteil des derzeit in der Grenzkontrolle und Grenzüberwachung eingesetzten Personals im grenznahen Bereich belassen wird und auch eine weiter-führende Nutzung der bisherigen Grenzdienststellenstruktur gegeben ist. Ebenso bleibt auch der Assistenzeinsatz des Österreichischen Bundesheeres im Grenzraum für das Jahr 2008 aufrechterhalten.

Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll konnte sich am 20. Dezember 2007 bei einem gemeinsamen Besuch des Grenzüberganges Drasenhofen mit Vizekanzler Mag. Wilhelm Molterer und Innenminister Günther Platter überzeugen, dass auch die grenzüber-schreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden gewährleistet ist und zusätzlich bessere Chancen bestehen, die internationale Kriminalität wirkungsvoll zu bekämpfen.

Somit wird den berechtigten Sicherheitsbedürfnissen der niederösterreichischen Bevölkerung maßgeblich Rechnung getragen.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung  
Dr. Erwin P R Ö L L  
Landeshauptmann